



Wallstreet in Westafrika

Tausende Beniner fallen auf Schneeballsystem rein – Politik offensichtlich involviert

Noch ist unklar, wie viele Menschen betrogen worden sind. Unklar ist auch noch inwieweit höchste politische Kader verwickelt sind. Das westafrikanische Land Benin wird derzeit von einer heftigen Finanzaffäre erschüttert. Die Zahl der Betroffenen ist hoch, denn Anleger versprachen einen Zinssatz von bis zu 200%. Karitative Projekte ließen die Politik die Nähe zur „großen Finanzwelt“ suchen.

Besonders viele Kleinunternehmen haben ihr gesamtes Vermögen in diesen Strukturen angelegt. Insgesamt sind aber alle sozialen Schichten betroffen. Der Zeitung Afrique Evenement zufolge haben die Finanzjongleure etwa 100 Milliarden CFA (1,5 Millionen €) von über 150.000 Menschen eingenommen. Im Jahr 2006 wurden die ersten Investitionsunternehmen dieser Art gegründet und begannen sich schnell im ganzen Land auszubreiten.

Besonders bekannt wurde ICC Services (Investment Consultancy and Computing Services). Das Unternehmen warb damit, Gewinne in soziale und humanitäre Projekte zu investieren und war auch in religiösen Gesellschaften engagiert. Die Direktoren Guy Aklogan, Ludovic Dohou und Emile Tégbénu standen von Anfang an in der breiten Öffentlichkeit und pflegten enge Kontakte zu Regierungsmitgliedern.

Nachdem der Betrug Ende Juni dieses Jahres bekannt wurde, reagierte die Regierung sofort. Es wurde eine Krisen- und Untersuchungskommission geschaffen. Die Geschädigten sollten möglichst schnell ermittelt werden, um spätere Fälschungen von Anlagepapieren zu verhindern. Außerdem wurden sämtliche Konten verdächtiger Direktoren gesperrt. Der beschlagnahmte Besitz der Hauptverdächtigen sollte dazu dienen, bis Oktober den Geschädigten ihr Geld zurückzuzahlen. Am 7. Juli 2010 entließ der Präsident Innenminister Armand Zinzinihoué und den Generalstaatsanwalt des Berufungsgerichts in Cotonou. Sie werden beschuldigt, Direktoren von ICC Services unterstützt zu haben. Weiterhin sind mehrere Verfahren gegen verdächtige Personen, unter anderem auch gegen enge Verwandte des Präsidenten, aufgenommen worden.

Am Freitag, den 13. August trafen sich vier ehemalige Präsidenten mit Staatschef Boni Yayi, um den Konflikt zu lösen, der mittlerweile die Stimmung zwischen den politischen Lagern verhärtet. Außerdem fordert die Bevölkerung klare Stellungnahmen der Regierung bezüglich der Anschuldigungen gegen den Präsidenten. Boni Yayi wird von der Opposition verdächtigt, das Unternehmen ICC-Services unterstützt zu haben. Außerdem finanzierte ICC Services angeblich die Kampagnen der Regierungspartei. Ein Antrag, den Präsidenten vor dem Obersten Gerichtshof anzuklagen, wurde bereits von 48 von insgesamt 83 Abgeordneten im Parlament eingebracht. Damit der Eingabe stattgegeben werden kann, werden allerdings 56 Unterschriften benötigt.

Die Partei Boni Yayis spricht hingegen von einer Instrumentalisierung der Affäre, um den Präsidenten im bereits laufenden Wahlkampf für die Präsidentschaftswahlen im März zu schwächen.

Internationale Beobachter sehen in der Affäre eine Gefahr für die Stabilität des Landes. Doch diese Prognose scheint übertrieben: Es ist unwahrscheinlich, dass es zu einer Anklage kommt. Die Ankündigung rechtlicher Schritte reichte der Opposition schon, um die Regierungspartei in eine schlechte Ausgangsposition im Wahlkampf zu bringen. Jetzt müssen die Anhänger Boni Yanis darauf vertrauen, dass ihre Beschwichtigungen in der staatlichen Presse ausreichen, um keine Wähler zu verlieren. Sie beteuern Boni Yayis Unschuld und versichern den betrogenen Anlegern, dass der beschlagnahmte Besitz der involvierten Finanzunternehmen ausreicht, um sie zu entschädigen. Auch die Lage in Porto-Novo, wo die Menschen vor den Regierungsgebäuden demonstrierten, ihrer Enttäuschung freien Lauf ließen und eine schnelle Entschädigung forderten, hat sich mittlerweile entspannt. Gleichwohl hat die Regierung den Geschädigten konkrete Versprechungen gemacht, die spätestens im Oktober einzuhalten sein werden, um die Spannungen nicht aufs Neue anzufachen.

Doch nicht nur die Finanzaffäre stellt zurzeit eine Gefahr für die innere Stabilität des Landes dar, sondern eher ein für Benin sehr typisches, politisches Phänomen. Die Kandidaten für die Präsidentschaftswahl sind nicht die Spitzen einer einzelnen Partei, sondern werden von Parteigemeinschaften unterstützt. Daher geht es im Wahlkampf nicht um politische Ideologien und entsprechende Parteiprogramme, sondern mehr um die persönliche Verehrung des Kandidaten und seiner bisherigen Errungenschaften. In der Vergangenheit waren Skandale wie jetzt die ICC-Affäre, aber auch schon eine kurzfristige Konjunkturflaute, Grund genug für einen Regierungswechsel. Im Fall von Boni Yayi konkurriert der Finanzskandal mit seinem anerkannt erfolgreichen Engagement in der Sozialpolitik. Mikrokredite für Frauen und ein kostenfreies Grundschulwesen sind für die Bevölkerung weit oben auf der positiven Bilanz der letzten Legislaturperiode.

Die politische Landschaft Benins hat strukturelle Schwachpunkte, die einen Nachteil für die Entwicklung des Landes darstellen. Sie spiegelt den Bruch zwischen dem Norden und dem Süden des Landes und die Streitereien der Anführer der jeweils dominanten Ethnien wider. Die Oppositionsparteien, vereint in dem Zusammenschluss UN, kommen aus dem Norden, während die derzeitige Regierung ihre Wurzeln im Süden hat. Beide Lager werden in ihren Kampagnen ihre Territorien verteidigen und es ist wiederum absehbar, dass die Wählerstimmen mit den regionalen Präferenzen übereinstimmen werden.

Fehlende übergreifende politische Ideologien und häufige Neugruppierungen einzelner Parteien um die jeweiligen Präsidentschaftskandidaten machen die politische Landschaft Benins ebenfalls nicht transparenter. Kurz: es mangelt an langfristigen politischen Konzepten.

Will man diesen strukturellen Defiziten Positives abgewinnen, dann verleiht gerade die fehlende politische Kontinuität den Wählern mehr Macht, aus der Affäre um ICC-Services oder ähnlichen Skandalen, politische Konsequenzen zu ziehen. Zwar versucht die Regierung die aktuelle Affäre so schnell wie möglich vergessen zu machen. Aber die Zahl der Geschädigten ist zu hoch, als dass der Skandal unter den Tisch gekehrt werden könnte. Sollte es die Regierung nicht schaffen, die Entschädigungen zu zahlen und den Fall aufzuklären, könnte es im März zu einem Machtwechsel kommen. Die Spannungen zwischen dem Norden und Süden werden jedoch fortbestehen, da beide Lager von der jeweiligen regionalen Unterstützung profitieren.

Herausgeber: Christian J. Hegemer, Leiter IBZ
Autor: Melanie Frank
Lazarettstr. 33 – 80636 München –
Tel.: +49 (0)89 1258-0 – Fax: +49 (0)89 1258-359
E-Mail: GRUNDSATZREFERAT@HSS.DE – Homepage: WWW.HSS.DE